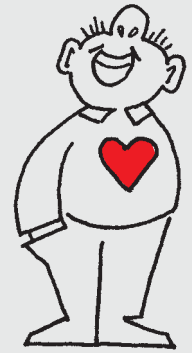


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



9/2011

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Am 1. September ist der Weltfriedenstag. In welchem Kalender wird noch darauf hingewiesen? Vielleicht gibt es den Weltfriedenstag schon nicht mehr? Aber noch immer finden in vielen Teilen unserer Erde Kriege statt.

Kriege sind immer furchtbar, egal ob gerechte oder ungerechte.

Krieg heißt immer, Menschen zu töten, Kulturen zu vernichten und die Natur zu zerstören. Die meisten Opfer sind Männer und Frauen, Greise und Kinder, die eigentlich keinen Krieg wollten. Und Gewinner sind am Ende diejenigen, die am Krieg durch die Produktion, den Verkauf und den Einsatz der Kriegsrüstung verdienen.

Es ist eine Lüge, dass die Produktion von Panzern, Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen, von Kanonen und Panzerfäusten bis zu Maschinenpistolen ein sorgenfreies gutes Leben garantieren könne. Wie hoffnungsvoll war und ist der Ruf: »Lasst uns Schwerter zu Pflugscharen schmieden!« Also keine Atombomben wie in Hiroshima und Nagasaki, kein Weltraumkrieg, wie er schon gespielt wird, keine Terrorangriffe und keine Kugel gegen eine andere als die meinige Weltanschauung.

Unsere Forderung als Antifaschisten, der Schwur unserer Väter und Mütter aus den faschistischen Kerkern lautet: »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!« Diese Forderung heißt Leben, heißt Humanismus und ist nach wie vor aktuell. Noch immer und schon wieder beweinen Mütter ihren gefallenen Sohn, trauern Söhne und Töchter um den gefallenen Vater.

Wir erlebten im vergangenen Monat erneut, wie viel Leid und Schmerz auch noch heute, 66 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges, vorhanden sind.

Eine Familie aus der Republik Moldawien hatte sich im Dezember 2010 an die Gruppe der VVN-BdA Forst/Lausitz gewandt,

Gedanken zum Weltfriedenstag 2011



mit der Bitte, ihr bei der Suche nach dem Grab des Vaters, der 1945 in der Nähe von Forst gefallen sei, zu helfen.

Der Sohn des gefallenen Soldaten erzählt uns seine Geschichte:

Ion Sinitaru wurde im Dezember 1944 als zweites Kind der Familie geboren. Sein Vater kämpfte zu dieser Zeit als Soldat der Sowjetarmee gegen die faschistische Wehrmacht. Im April 1945 begann auch an der Neiße die Berlin-Operation im Abschnitt Forst.

Der Vater von Ion wurde dabei tödlich verletzt.

Die Mutter verhungerte und Ion wurde als elternloses Kind von fremden Menschen gepflegt, bis er nach der ersten Beseitigung der durch den Krieg entstandenen Trümmer in ein Waisenhaus aufgenommen wurde. Später studierte er Jura, gründete selbst eine Familie und ist heute Rentner.

Und immer suchte er seinen Vater.

Horst Beier und Rolaf Schahn waren seit Januar 2011 auf der Suche nach dem Grab des Vaters. Sie suchten in Groß Bademeusel, Domsdorf und Damsdorf. Auch die

Brandenburgische Freundschafsgesellschaft e.V. Arbeitskreis »Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe« half uns dabei. Durch diese Gesellschaft wurde über die russische Botschaft ein Grab mit einem so ähnlich lautenden Namen in Alt Döbern gefunden und ein Treffen organisiert.

Schließlich traf die Familie am 16. Juli nach zweitägiger Busreise in Forst ein. Alles war organisiert: Unterkunft, Versorgung, Betreuung u.a.m. Am 18. Juli war die Fahrt nach Alt Döbern geplant. Am 17. Juli besuchte die Familie den Sowjetischen Soldatenfriedhof in Forst. Der Sohn Ion Sinitaru ging von Gedenkstein zu Gedenkstein und suchte unter den mehr als 250 Namen nach Namen von gefallenen Soldaten aus seinem Heimatort.

Auf dem 56. Stein von den 60 fand er den Namen seines seit 66 Jahren vermissten Vaters.

Nachdem die Tränen versiegt waren, wurden nach alter Landessitte die aus der Heimat mitgebrachte Erde und das Wasser über das Grab verteilt.

Mit einem Glas heimatlichen Weines und mitgebrachtem Brot, Käse und Wurst wurde die Verbindung zur Heimat hergestellt. Wir von der VVN-BdA Gruppe legten ein Gebinde Forster Roter Rosen auf das Grab.

Dieses Erlebnis der Familie Sinitaru in Forst hat bei der Familie und bei denen, die die Suche miterleben durften, die Erkenntnis vertieft: Bloß keinen Krieg mehr, keinen Terror! Die Mittel der Kriegsproduktion müssen für die Erhaltung und Verbesserung des Lebens der Menschen auf unserer Erde eingesetzt werden. Und nie mehr darf ein Mensch oder ein Staat an dem Leid anderer verdienen.

Dann braucht auch kein Sohn mehr nach dem Grab seines Vaters zu suchen.

Rolaf Schahn
Foto: privat

Schorschels Stadtgeflüster

»Ich will aber nicht Bayrisch als 4. Fremdsprache lernen, liebe Tante Münch, und deshalb schicke ich Dir dieses Büchlein mit dem Mindestwortschatz für die unteren Klassen. Diesen lernen wir seit Generationen, fast jeder hat ihn noch zu Hause und auch das Wort Kapitalismus steht schon drin! Gab es bei Euch im finsternen Baden so etwas nicht, dass Du jetzt den Wortschatz aus Bayern nach Brandenburg holen willst?«

Bevor ich weiter auf die obige Meckerei meines Sohnes eingehe, erst einmal ein fröhliches Hallöchen für alle, die das Zentralorgan der Forster Linken schon vermisst haben oder glücklich über das Nichterscheinen wegen der kleinen Sommerpause waren. Ja, ja, unsere Kinder und Jugendlichen, was die sich alles so trauen, der

Ministerin zu sagen, sie solle das bereits vorhandene Wissen und Lernmaterial im Osten nutzen, also nein wirklich! Oder die Überraschung der Stadtverwaltung über die Jugend, die auf den Stadtumbau ganz anders blickt als die Älteren. Stellt euch das mal vor! Die Jugendlichen ziehen sich sogar auch ganz anders an als die Ü-50-Truppe, habt ihr das gewusst?! Und sie wollen auch nicht am Markt wohnen, vielleicht weil da bald keine Häuser mehr stehen? Toll, was so ein Berliner Planwerk herausgefunden hat! Ob wir das bezahlen müssen? Hoffentlich nicht, denn es ist doch im Grunde ganz einfach: Erst wurde uns die Arbeit genommen, dann die Menschen und nun die Häuser! Vielleicht kann der rbb, wenn er seine menschenjagdähnliche Vergangenheitsaufarbeitung erfolgreich beendet hat, sich dieser Probleme mal annehmen. Apropos Probleme: Mein lieber Jürgen, der Du doch auch die Schule besucht hast, meinst Du nicht auch, dass eine fehlerbehaftete Arbeit schon immer keine 1, sondern eher eine 3 verdient hat?! Tschüss,

Euer Schorschel

Ach was könnte das politische Leben in Forst schön sein, wenn es uns LINKE nicht gäbe. Der Bürgermeister hätte eine Stadtverordnetenversammlung, die hundertprozentig hinter ihm steht. Die Weisheit aus dem Rathaus wäre die einzig zu verkündende Wahrheit und bei den Wahlen wäre es wie vor mehr als zwanzig Jahren, egal, wen man wählt, es kommt immer das gleiche dabei heraus.

Nun müssen wir aber, zum Leidwesen unserer politischen Konkurrenz, weiter auf unserer kommunalpolitischen Existenz bestehen. Ich bin davon überzeugt, wir werden gebraucht.

Ob beim Stadtabriss oder beim Krankenhausverkauf, bei der Schulschließung oder bei sozialen Fragen, ohne LINKE wären die Sitzungen der SVV nur noch Hoheitsbekundungen. Leider reichen un-

Die Linken sind lästig ?

sere Mandate seit Jahren immer nur zur kritischen Auseinandersetzung mit der Politik der anderen Fraktionen und des Bürgermeisters, deshalb sind die erreichten Veränderungen eher gering. Man fordert uns immer wieder auf, doch das selbstständige Denken und Handeln endlich einzustellen und nicht einfach Gespräche mit anderen kommunalen Gremien und der Landespolitik zu führen. Dumm und brav sollen wir sein, dann wären die konkurrierenden Parteien mit uns zufrieden. Warum aber sollten uns Bürgerinnen und Bürger dann noch wählen? Wir wollen und werden auch zukünftig unsere Vorschläge machen, und wir werden den Menschen in Forst unsere Alternativen vorstellen. Fortschritt entwickelt sich aus

inhaltlicher Diskussion und kulturvollem Streit, nicht aus Huldigung der Verwaltung. Wer zwanzig Jahre im Rathaus sitzt, ist nicht zwingend kreativ, und wer in seinem beruflichen Alltag ein Profi ist, ist nicht automatisch ein guter Kommunalpolitiker. Wir wollen eine lebenswerte Zukunft für unsere Stadt und die hier lebenden Menschen, unabhängig von der Höhe ihres Bankkontos. Also, werde Kolleginnen und Kollegen in der SVV, machen Sie Vorschläge und beweisen Sie den Menschen, dass Sie es besser können, dann müssen Sie auch nicht ständig erklären, wie blöd wir sind.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst



Die Krankenhäuser im Lande haben es nicht leicht. Einflüsse aus Bundes- und Landespolitik, Budgetierungen und Leistungsbeschränkungen durch die Krankenkassen und rückläufige Bevölkerungszahlen sind nur einige Punkte aus einem umfangreichen Problemkatalog. Kleinere Häuser haben es dabei noch mal deutlich schwerer als große Einrichtungen, deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern besonders wichtig.

Entscheidend ist dabei allerdings, wie diese erfolgen soll. In der Mehrheit der Forster Kommunalpolitik setzt man auf Privatisierung. Der Einstieg in diesen Prozess erfolgte am 22. August mit dem Beschluss zur Markterkundung. Dabei spricht der Bürger-

Privatisierung ist keine Lösung

meister immer davon, dass dieses Verfahren wieder gestoppt werden könnte. Dies halten wir nach unseren Recherchen für eine Falschaussage. Die sich beteiligenden Unternehmen werden auf einer Entscheidung bestehen. Ein Zurück nach dem Motto, »war nur ein Versuch« wird es nicht geben. Hier verweisen wir auf den Verkauf der Stadtwerke. Dort wurde auch stets behauptet, man könne das Verfahren zu jeder Zeit stoppen. Das Ergebnis ist bekannt. Das kommunale Eigentum der Bürger wurde zu fast 75 % verkauft und alles dafür getan, eine Bürgerbeteiligung zu verhindern. Wir erwarten jetzt keinen anderen Verlauf.

Privatisierung kommunalen Eigentums galt in den vergangenen Jahren als Heilsbringer in den Kommunen. Nach der Finanzkrise versuchen heute viele Kommunen, ihre früheren Betriebe zu rekommunalisieren. Nur im Forster Rathaus ist diese Erkenntnis noch nicht angekommen. Was also bringt eine Privatisierung. Da kasernenärztliche Leistungen durch die Krankenkassen stark reglementiert werden, ist eine Ausweitung des Leistungsangebots kaum

möglich. Bleibt die Reduzierung der Kosten. Dies geht durch Ausgliederung von Dienstleistungen wie Küche, Technik oder Therapieangeboten oder durch Gehalts- und Personalreduzierungen. So laufen alle Privatisierungen. Denn es geht immer um die Erzielung von Gewinnen, deshalb nennt man dies Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft allerdings soll durch staatliche Maßnahmen Profitstreben im Interesse der großen Mehrheit der Bürger einschränken. Als LINKE sind wir der festen Überzeugung, dass Bereiche der Daseinsvorsorge, wie das Gesundheitswesen, nicht dem Profitstreben unterliegen dürfen.

Nun ist das Forster Krankenhaus nicht das erste, das privatisiert werden soll. Was dabei herauskommen kann, ist gegenwärtig in der Stadt Belgig zu besichtigen. Durch den Kreistag Potsdam-Mittelmark wurde im Jahr 2007 das Krankenhaus zu ca. 75 % verkauft. Heute kämpft das Haus um seine Existenz.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

Spruch des Monats

»Auch wenn alle einer Meinung sind, können alle unrecht haben.«

Bernhard Russell

Ein Krankenhaus in Not – Eine wahre Geschichte!



Bad Belzig, eine Stadt mit 11.248 EW (31.12.2010), liegt im Kreis Potsdam-Mittelmark. Im Jahre 2007 entschied der Kreistag von Potsdam-Mittelmark, seine Anteile am Kreis-krankenhaus Belzig in Höhe von 74,9 % zu verkaufen.

Am 01.10.2007 übernahmen die Johanniter das Kreiskrankenhaus als Mehrheitsgesellschaftler. Es ist ein Krankenhaus der Grundversorgung mit zurzeit aktuell 160 Betten.

Dieser umstrittene Verkauf des früheren Kreiskrankenhauses ist jetzt ein Fall für die Justiz geworden. Fragen nach der Bewertungsgrundlage für den Verkauf und der Vergabekriterien führten zu einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Diese wird klären müssen, ob die bestehenden Zweifel am rechtmäßigen Verkauf berechtigt sind. In diesem Zusammenhang wird auch zu klären sein, ob die eingegangenen Verkaufsverpflichtungen durch die Johanniter erfüllt wurden, da diese als ein

entscheidendes Kriterium bei der Vergabe eine wichtige Rolle spielten.

Was aber geschah nach dem Verkauf? Innerhalb weniger Wochen kam es zu drastischen Personalreduzierungen. Die Folge, eine Überlastung des verbleibenden Personals, besonders der Schwestern und Pfleger. Als nächstes erfolgte eine Bettenreduzierung, Personalabbau in der Küche, Senkung des Verpflegungssatzes und damit Verschlechterung des Essens.

Der bis zum Verkauf bestehende Haus-tarifvertrag des öffentlichen Dienstes erhielt Besitzstand.

Der ärztliche Dienst unterlag dem Tarifvertrag des Marburger Bundes.

Beide Verträge sind statisch, d.h. Erhöhungen erfolgen nicht.

Mitarbeiter, die nach dem 01.10.2007 eingestellt wurden, unterliegen anderen Arbeitsvertragsrichtlinien, von einer höheren Bezahlung kann man dabei sicher nicht ausgehen. – Und jetzt!

Seit dem Ende des vorigen Jahres gibt es die berechtigte Sorge um die Existenz des Krankenhauses, eine wirtschaftliche Schief-lage ist der Grund.

Abgeordnete und Bürger befürchten Einbrüche in der Gesundheitsversorgung.

Ein Sanierungsgutachten wurde in Auftrag gegeben, um konkrete Aussagen zu erhalten. Dabei wurden als Ursachen die bestehende Tarifstruktur, das eingeschränkte Leistungsangebot und Versäumnisse im Management eingeräumt.

Das Gutachten räumt aber auch durchaus Chancen für die Konsolidierung ein.

Wie und ob das Krankenhaus konsolidiert werden kann, bleibt abzuwarten.

Leider sind ein Mitspracherecht und demokratische Kontrolle bei einem mehrheitlich privat geführten Haus nur eingeschränkt möglich. Auch ein Nachteil bei der Privatisierung von Leistungen.

Wir hoffen und wünschen den Ange-stellten des Krankenhauses und den Bürgern der Stadt den Erhalt ihres Kran-kenhauses.

Wir müssen daraus lernen und auf unser Krankenhaus sehr, sehr genau achten, das heißt auch, dass jede diesbezügliche Ent-scheidung gründlich zu hinterfragen ist.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Leser- meinungen



Weiß noch einer, was man tun und lassen soll?

Forst, die Perle der Lausitz! Nicht lachen, denn vor langer Zeit war Forst eine Perle. Einst besaß Forst 27000 Einwohner, und dies ohne die Eingemeindung der umliegenden Dörfer. Tuchmacherbetriebe, metallverarbeitendes Gewerbe und viele kleine Firmen prägten das Bild, eingeraht von bewohnten Häusern aller Cou-leur, kurz um eine lebendige, lebenswerte Stadt. Doch nun, 20 Jahre nach der Wen-de, ist Forst von Abwanderung gebeutelt, geschuldet der Tatsache, dass sich die oben genannten Betriebe dem Konkur-renzkampf nicht stellen konnten oder durften.

Die städtebauliche Lage in Forst hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert.

Dabei möchte ich gar nicht auf das INSEK eingehen, denn das können andere sicher besser und ich hoffe, dass das letzte Wort dort auch noch nicht gesprochen ist. Aber über die straßenbaulichen Maßnahmen muss mal ein Wort verloren werden.

Wer als Fremder in die Stadt kommt und ein Ziel hat, der erreicht dieses sicher nicht. Denn hier helfen weder Naviga-tionssystem noch Karte. Eine Straßensper-rung an der anderen und eine Planung, die nicht von fachmännischer Arbeit spricht. Denn wenn ab Ende Oktober der Bahn-übergang Spremberger/Berliner Straße voll gesperrt sein wird und die einzig in die Stadt führende Straße die Badestraße

ist, kann man sich schon jetzt das Chaos vorstellen. Absprachen zwischen Stadt und der Bahn AG scheinen nicht stattgefunden zu haben oder sollten sie etwa an der der Stadtverwaltung eigenen Art gescheitert sein! Macht man sich in der Stadtverwal-tung einmal darüber Gedanken, wie Ret-tungsmaßnahmen im Rahmen der dafür vorgeschriebenen Zeit durchgeführt werden sollen? Ich sehe, dass die Sicherheit und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt stark gefährdet sind. Eine weitsichtigere Planung wäre möglich gewesen. Forst eine Perle, leider nur noch auf alten Fotos. **Andreas Beckmann**

Es ist nicht zu fassen

Als im Jahr 2009 die schwarz-gelbe Koalition die Regierung übernahm, war ihre erste Amtshandlung, sich die Ministerge-hälter zu erhöhen. Offensichtlich waren die der schwarz-roten Regierung nicht mehr ganz standesgemäß!

Danach hat diese neue Regierung, allen voran Wolfgang Schäuble, dem deutschen Volk erklärt, wir müssen sparen!! Danach kam die Finanzkrise, bei der auf einmal Hunderte Milliarden Euro zur Rettung pri-vater Banken auf dem Tisch lagen, gefolgt vom »Euro-Rettungsschirm«, der auch nicht kostengünstiger ist, und dem sich die Griechenlandhilfe anschloss. Genau genommen ist das also auch nichts anderes als ein Rettungspaket für Europäische Pri-vatbanken, vor allem in Frankreich und Deutschland.

Als aber die Neuregelung des SGB II (Hartz IV), nach dem Urteil des Verfas-sungsgerichts vom 09.02.2010 anstand, waren nur 5 € mehr für jeden betroffenenen

Bürger drin. »Mehr gibt die Kasse eben nicht her!«, so der Grundtenor der Regie-rung damals.

Jetzt aber hört man aus dem Bundestag, dass sich die Abgeordneten die Diäten er-höhrt haben. Sie sollen von 7.668 € in die-sem Jahr auf 7.960 € im Jahr 2012 stei-gen. Im Jahr 2013 steigen die Diäten noch einmal auf 8.252 € zuzüglich Aufwands-entschädigung. Das ist eine Steigerung von 8 % pro Jahr. Begründet wird das vom Bundestag mit mehreren sogenannten Null-Runden. Was allerdings dabei ver-schwiegen wird, die Diäten der Abgeord-neten sind in den letzten Jahren entspre-chend der Tarifentwicklung im Öffent-lichen Dienst jährlich um 1,5 % gestiegen! Dazu kommt, dass ein Bundestagsabge-ordneter pro Jahr 200 € auf sein Renten-konto gutgeschrieben bekommt und zwar ohne selbst Beiträge zu entrichten. Ein normaler Durchschnittsverdiener erlangt nur 30 € (mit Rentenbeiträgen) und ein Hart-IV-Empfänger bekommt, dank der schwarz-gelben Regierung, gar nichts mehr auf sein Rentenkonto.

Aber die Hartz-IV-Empfänger sollen nicht maulen. Ihre Bezüge steigen von 664 € in diesem Jahr auf 674 € im Jahr 2012, also um 10 €. Das sind über 10 %, allerdings nur in einem Jahr!

Eine weitere Begründung des Bundestags ist, die Abgeordneten müssen gut bezahlt werden, damit sie der Wirtschaft gegen-über nicht bestechlich sind! Aber warum sind dann gewisse Bundestagsabgeordnete Mitglied eines Aufsichtsrates in privaten Unternehmen?

Quelle: RTL – aktuell (Fernsehen und Internet)

Uwe Neuer

Hallo, heute hatte ich mein Malxeblatt im Briefkasten.

Zum Thema »Teiltrückbau« kontra Abriss will ich hier gleich noch meine Meinung sagen.

Es wird ja immer behauptet, die Pläne wären schon vor langer Zeit ausdiskutiert und beschlossen worden. Aber so konkret ist das bei den Mietern nie angekommen. Bei vielen ist noch immer die Vision vom Teiltrückbau im Kopf, wie sie damals von der Wohnungsgenossenschaft vorgestellt wurde.

Erst in der Versammlung in der Feuerwache Mitte vor wenigen Wochen wurde uns mitgeteilt, dass diese Pläne vom neuen Wohnungseigentümer nicht mehr verfolgt werden.

Newsletter

Gegen kostenlose Werbung für die NPD

Zur aktuellen Debatte über ein erneutes NPD-Verbotsverfahren erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Wer wiederholt ein NPD-Verbot in die Debatte drängt, ohne sie wirklich verbieten zu wollen oder zu können, macht letztlich nur kostenlose Werbung für die NPD.«

31.07.2011

Ich hoffe aber dennoch darauf, dass einige neue Fakten ins Spiel kommen, die den bisherigen Plänen eine andere Richtung geben.

Die Bundesregierung setzt seit einigen Jahren – und neuerdings verstärkt – auf die Energieeffizienz der Wohnhäuser.

Die Wohnungen der ehemaligen FWO zwischen Markt und Mühlgraben sind alle saniert und wärmegeklämt. Vor

Jahren hieß es, diese dürften nicht abgerissen werden. Ist das jetzt anders? Ich kenne Wohnungen in Forst, wo die Mieter im Winter Mühe haben, die Raumtemperatur auf 18 °C zu bekommen (August-Bebel-Straße). Diese stehen jedoch nicht zur Diskussion.

So, das musste ich mir mal von der Leber reden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd S.

Informationen und Fakten zum gleichen Thema:

Es gibt keinen Beschluss der SVV zum Abriss der drei Wohnhäuser in der Berliner Straße. Trotz vielfältiger Hinweise von uns LINKEN in den Ausschüssen, Aufsichtsgremien und der Stadtverordnetenversammlung beharrt die Stadtverwaltung auf ihrer Position, der Abriss der drei Blöcke in der Berliner Straße ... wurde mit dem SVV/0996/2007 beschlossen.

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen an dieser Stelle Auszüge aus dem 2007 gefassten Beschluss zu veröffentlichen. Lesen Sie selbst:

»Schlüsselmaßnahmen der Stadt Forst (Lausitz) in Reihenfolge ihrer Bedeutung sind:

1. Marktplatz

(genannt sind: Lindenstraße, Lindenplatz, Amtstraße, Am Markt, Am Haag, Haagstraße, Cottbusser Straße, Mühlengraben, Kegeldamm)

2. Verwaltungs- und Verflechtungsbe- reich Kreis – Zentrum

(genannt sind: NWWK, Heinrich-Heine-Str., Jänickestr., Heinrich-Werner-Str.)

3. Aufwertung des innerstädtischen Flusslaufes Mühlgraben

Alle drei Schlüsselmaßnahmen sind von besonderer Bedeutung für die gesamtstädtische Entwicklung und sind räumlich auf den Entwicklungsschwerpunkt Innenstadt bezogen. (Anlage 1)«

Schaut man in die genannte Anlage ist auch hier die genannte Maßnahme nicht zu finden. Der zum Beschluss dazugehörige Kartenauszug Plan Nr. 26 der Gruppe Planwerk vom Juni 2007 stellt die Maßnahmen dar. Eine Darstellung der Abrissmaßnahme ist auch in diesem Plan nicht zu finden. Im Internet der Stadt Forst findet man den Text des Beschlusses der SVV/0996/2007, aber leider wurde hier die Anlage 1 nicht veröffentlicht. **Stadtfraktion DIE LINKE**

PINNWAND



Aus »Eulenspiegel« Nr. 9/11

Friede den Straßen
Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer will lieber in den Straßenbau als in Steuererleichterungen investieren. Das ehrt den Mann, denn wenn schon immer mehr Familien in Deutschland auf der Straße leben, sollen sie es wenigstens schön haben. **MK**

Sprechtag der »AG Soziales«
jeden Montag von 10 bis 14 Uhr (außer an Feiertagen)
Kontakt auch über ag-soziales-forst@gmx.de

Termine
in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
Mi., 14.09.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
Di., 20.09.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
Mo., 26.09.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
Di., 27.09.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**

Geburtstage
13.09.: 84 Jahre Helmut Mucha
14.09.: 71 Jahre Horst Meißner
18.09.: 61 Jahre Gisela Berth
19.09.: 82 Jahre Elfriede Koch
02.10.: 70 Jahre Hannelore Koske

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.